

Das neue Gesicht eines autoritären Regimes

Die Philippinen nach Aufhebung des Kriegsrechts

Als Präsident Ferdinand Marcos 1972 das Kriegsrecht über die Philippinen verhängte, wollte er damit zugleich den Aufbau einer „Neuen Gesellschaft“ in die Wege leiten. Die Aufhebung des Kriegsrechts im Januar 1981 bedeutet jedoch keineswegs, daß dieses Ziel erreicht worden ist. Die Probleme des Landes sind geblieben, denn nur ein geringer Teil der Bevölkerung profitierte von einem mittlerweile allerdings wieder ins Stocken geratenen wirtschaftlichen Aufschwung. So zählen inzwischen auch Vertreter jener Gruppen zu den Kritikern der Regierung, die 1972 noch bereit waren, Marcos einen Vertrauensvorschuß zu gewähren. Die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen dient denn auch vor allem der Festigung der ins Wanken geratenen Herrschaft der Marcos-Familie – zur Lösung der Probleme des Landes wird sie vorerst nur wenig beitragen.

Die philippinische „Präsidialdemokratie“

Formal gesehen sind die Philippinen seit dem Anfang 1981 wieder eine parlamentarische Demokratie entsprechend der Verfassung von 1973 (mit späteren Zusätzen). Der Präsident, insbesondere aber auch das Militär gaben einen Teil ihrer politischen Befugnisse ab. So sollen die Militärtribunale aufgelöst und politische Prozesse vor ordentlichen Gerichten abgehandelt werden. Einschränkungen gibt es jedoch weiter in denjenigen Regionen, in denen das Militär gegen Aufständische kämpft, vor allem in den beiden Regionen, in denen Muslime einen großen Teil der Bevölkerung stellen.

Doch der parlamentarische Schein trägt. Mit dem Referendum vom 7. April 1981 wurde dem Land eine formal dem französischen System entlehnte *Präsidialdemokratie* gegeben, die die Machtfülle des jetzigen Präsidenten nur bestätigt. Er, dessen Wiederwahl keiner Beschränkung unterliegt, bestimmt die Richtlinien der Politik und bestellt bzw. entläßt den Premierminister (die Berufung bedarf der Zustimmung des Parlaments). Vom Parlament verabschiedete Gesetze kann er mit einem *Veto* belegen, das allerdings auf Antrag des Premiers mit einer $\frac{2}{3}$ -Mehrheit des Parlaments überstimmt werden kann. In Ausnahmefällen darf er darüber hinaus auch Dekrete über die Köpfe der Parlamentarier hinweg erlassen.

Vom Parlament zu verabschiedende Gesetzesvorlagen müssen zuvor vom Kabinett gebilligt worden sein. Die Kabinettsmitglieder selbst sind dem Parlament nicht ver-

antwortlich, und ebensowenig kann der Präsident abgewählt werden. Im Falle seiner Amtsunfähigkeit oder seines Todes gehen seine Befugnisse auf ein dem engeren Kabinett entsprechendes Komitee über, dessen Vorsitz der Premier hat und dem derzeit sieben Mitglieder angehören. Zum neuen Premierminister wurde *Cesar Virata*, bisheriger Finanzminister und international anerkannter Finanzexperte, ernannt, obwohl Vertreter der Regierungspartei die Gattin des Präsidenten, Imelda Marcos, vorgeschlagen hatten. Möglicherweise soll dies eine Geste gegenüber dem Ausland sein – eine Amtsnachfolge durch Frau Marcos ist trotz allem für die Zukunft nicht auszuschließen.

Der Absicherung der Macht dienen schließlich noch zwei Gesetze, die vor dem Referendum im Eilverfahren und gegen den Widerstand auch eines Teils der Regierungspartei verabschiedet wurden. Zum einen können jederzeit Personen, die gegen die öffentliche Ordnung verstoßen (dieser Begriff ist vielseitig interpretierbar), auf Anordnung des Präsidenten hin in Haft genommen werden. Zum anderen ließ sich Marcos für alle seine bisherigen und zukünftigen Amtshandlungen Immunität gewähren und diese Immunität auch auf seine Mitarbeiter ausdehnen, soweit sie in seinem Auftrag handeln.

Bei der Durchsetzung seiner Politik kann sich Marcos nicht nur auf zahlreiche, wichtige Regierungsämter bekleidende Verwandte stützen, sondern vor allem auch auf die *Armee*, deren Mannschaftsstärke einschließlich der Volksmiliz von 60 000 (1972) auf etwa 200 000 (1981) angewachsen ist. Die meisten der hohen Offiziere sind Landsleute von Marcos aus dem Norden Luzons und ihm z. T. ebenfalls verwandtschaftlich verbunden. Deren vorerst eingeschränkter politischer Einfluß dürfte wieder steigen, wenn – wie geplant – die ebenfalls der Armee unterstehenden Polizeikräfte reorganisiert und einem noch zu schaffenden Ministerium für nationale Sicherheit eingegliedert worden sind. Unruhe könnte es allenfalls in den mittleren Rängen des Offizierskorps geben, falls Marcos weiterhin zahlreiche Generäle über ihre Dienstzeit hinaus im Amt behält und so die Aufstiegsmöglichkeiten jüngerer Offiziere einschränkt.

Eine wichtige Stütze ist auch die Regierungspartei *Kilusan Bagong Lipunan* (KBL/„Bewegung für eine neue Gesellschaft“). Von den 187 Abgeordneten des derzeitigen Interimparlaments (Neuwahlen sind für Mai 1984 angekündigt) gehören 173 der KBL an. Entsprechend hat das *Parlament*, dessen Oppositionsabgeordnete zudem untereinander uneins sind, bisher keine bedeutende Rolle als

Gegengewicht zu Marcos gespielt und sich mehr mit Routine-Angelegenheiten befaßt (Steuergesetze u.ä.). Die Überlegenheit der KBL wurde im übrigen auch bei den Kommunalwahlen im Januar 1980 deutlich, auf die sie wie üblich als einzige Partei rechtzeitig vorbereitet worden war. Hier gewann sie 69 von 73 Gouverneurssitzen und 1450 von 1560 Bürgermeisterstellen. Angesichts ihres gut eingespielten Apparates ist es denn auch kein Wunder, wenn Referenden oder Präsidentschaftswahlen wie im Juni 1981, als Marcos 88% der Stimmen erhielt, in der Regel zur großen Zufriedenheit der Regierung ausfallen. Indizien für eine Ablehnung der Regierung Marcos lassen sich bei Wahlen allein aus der Wahlbeteiligung ablesen. So brachte der Aufruf zum *Wahlboykott* durch die Opposition zum Referendum im April 1981 dieser immerhin einen Achtungserfolg, als trotz Wahlpflicht 30% der Wähler den Urnen fernblieben.

Eine lautstarke, aber schwache Opposition

Seine bisher wenig angetastete Machtstellung verdankt Marcos zu einem guten Teil der Schwäche der Opposition. Die zahlreichen legalen Oppositionsparteien haben sich meist nur bei Wahlen auf ein gemeinsames Vorgehen einigen können, doch sind diese Bündnisse oft genug schnell wieder zerfallen, da die Gemeinsamkeit allein in der Gegnerschaft zu Marcos bestand. Die Führer der Parteien sind zudem oft genug Vertreter jener Oligarchie, die sich vor der Regierungszeit von Marcos als wenig fähig erwies, die Probleme des Landes zu lösen, und so fehlt ihnen denn auch derzeit eine größere Gefolgschaft außerhalb intellektueller Kreise.

Es bleibt abzuwarten, ob dem Mitte 1980 gegründeten *Bündnis von acht Oppositionsparteien*, UNIDO, größerer Erfolg beschieden sein wird. Sie möchte die Philippinen zu einer echten Demokratie zurückführen. Hierzu gehören die Wiederherstellung der Menschenrechte, die nationale Unabhängigkeit gegenüber den Großmächten (auch der USA), der Abbau der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Ausland (dessen Konzernen gerade Marcos viel Spielraum einräumt) und die Beseitigung der Diskriminierung von Minderheiten, insbesondere der Muslime. Allerdings fehlt der UNIDO eine geeinte Führung, und zudem sind einige der fähigsten Oppositionspolitiker im Exil. In den USA war bisher vor allem der ehemalige Präsidentschaftskandidat Paul Manglapus des „Movement for a Free Philippines“ tätig. Mittlerweile lebt aber auch der ehemalige Senator *Benito Aquino* in den USA, der gerade durch seine lange Haftzeit unter Marcos zu einer der Symbolfiguren des Widerstandes gegen die Diktatur geworden ist. Da er sich zudem als recht fähiger Politiker erwies, gilt er als einer der ernstzunehmendsten Gegner von Marcos. Kritik brachte ihm jedoch ein, daß er im August 1980 die Bildung einer Stadtguerilla auf den Philippinen nicht ausschloß und kurz darauf tatsächlich eine „Befreiungsbewegung 6. April“ (nach einer Demonstration

gegen Marcos am 6. 4. 78) eine Attentatswelle auf den Philippinen einleitete. Eine Verbindung Aquinos zu den Attentätern ließ sich bisher allerdings nicht beweisen, ja es ist nicht einmal sicher, ob nicht manche der Attentate der letzten Zeit auf den Philippinen eventuell auf das Konto regierungstreuer Kreise gehen.

Unter den Gruppen, die sich im offenen Kampf gegen die Regierung befinden, erlebt die *kommunistische Partei* derzeit eine Umstrukturierung. Auf Grund interner Querelen und wohl auch deshalb, weil in den letzten Jahren einige ihrer prominenten Führer verhaftet wurden, ließ die Aktivität ihres militärischen Zweiges, der *New People's Army*, im letzten Jahr etwas nach. Die Abkehr der chinesischen Führung vom Maoismus und der Versuch Chinas, bessere Beziehungen auch zu den Philippinen anzuknüpfen, veranlaßten die CPP zudem zu einem Überdenken ihrer bisher engen Beziehungen zu China. Nach der Wahl ihres neuen Führers *Rodolfo Salas* könnte sie sich jetzt mehr nach Osteuropa hin orientieren und ihren Guerilla-Kampf wieder verstärkt aufnehmen (vgl. Japan Times, 30. 6. 81). Die *Moro National Liberation Front* ist gleichfalls weiter aktiv. Zwar hatte Marcos im Mai 1979 Wahlen in den Muslim-Regionen abhalten lassen, doch gerieten diese zur Farce, nachdem die MNLF zum Boykott aufgerufen hatte und die KBL sämtliche Sitze in den Provinzparlamenten gewann. Die diesen Regionen gewährte Autonomie schließt im übrigen alle wichtigen Bereiche wie Sicherheitswesen, Wirtschaftspolitik und Sozial- und Bildungsplanung aus. Die Kämpfe, die bisher über 60 000 Menschenleben forderten, gehen somit unvermindert weiter. (Ob das Attentat auf die Kathedrale von Davao City, das im April 1981 mindestens 15 Tote und über 150 Verletzte forderte, den Muslimen anzulasten ist, läßt sich bisher nicht genau sagen.)

Aufsehen erregte ein *Massaker der MNLF*, dem auf der Pata-Insel im Februar 1981 über 100 Soldaten zum Opfer fielen und über dessen Hintergründe die Regierung immer noch schweigt (möglicherweise hatte sich das Militär auf Schein-Verhandlungen mit der MNLF eingelassen). Im Zuge einer harten Strafexpedition der Armee wurden mehrere tausend Menschen „evakuiert“, von denen mindestens 300 in Lagern an Krankheiten und Hunger gestorben sein sollen (Japan Times, 26. 4. 81). Die MNLF steht im übrigen nach Zeiten interner Streitigkeiten weiter unter der Führung von *Nur Misuari*, der aber im eigenen Lager umstritten ist, da man ihm Kontakte zu den Kommunisten der NPA nachsagt und befürchtet, er könne in marxistisches Fahrwasser abgleiten. Ohnehin scheint der Rückhalt der MNLF unter der Moslembevölkerung zu schwinden, da diese am meisten unter den Kämpfen leidet (vgl. Neue Zürcher Zeitung, 11. 4. 81).

Die Verletzung von Menschenrechten geht weiter

Angesichts dieser Auseinandersetzungen gehen krasse *Menschenrechtsverletzungen* auf den Philippinen weiter.

Zwar wurden in den letzten Jahren zahlreiche politische Gefangene freigelassen, doch sind die Gefängnisse weiter gefüllt. Hinzu kommen Übergriffe der Militärs gegenüber der Zivilbevölkerung – allein 1980 sollen 118 Zivilisten durch Militärs getötet worden sein. Dabei macht man auch vor Kirchenoberen nicht halt, so wurde im Oktober 1980 der Wagen von Bischof *Cincero Lucero* von betrunkenen Soldaten unter Beschuß genommen, und im März 1981 wurde Bischof *Nestor Cariño* von Borongan ohne Angaben von Gründen vorübergehend festgenommen (Far Eastern Economic Review, 27. 3. 81).

Um die Wiederherstellung der *Pressefreiheit* ist es nicht sonderlich gut bestellt. Offiziell wurde zwar die Herausgabe neuer Presseorgane erlaubt, doch scheitert sie in der Regel daran, daß mißliebige Herausgeber keine entsprechenden Papierzuteilungen bekommen würden. Umstritten ist auch das Streikrecht in der Wirtschaft. Marcos betonte zwar in einem Interview für das „Asian Wall Street Journal“ (21. 2. 81), daß die Verfassung Streiks keinesfalls verbiete. Doch sollen Streiks in Zukunft nur in solchen Wirtschaftszweigen erlaubt sein, die nicht die nationale Sicherheit berühren – die Praxis wird zeigen, wie weit dieser Bereich gefaßt werden kann. Überhaupt dürfte die *wirtschaftliche Entwicklung* zum Prüfstein für die Regierung werden, und Marcos berief denn auch Ende Juli eine Reihe von Wirtschaftsexperten in sein umgebildetes Kabinett. Die Steigerung des BSP blieb in den letzten Jahren um einiges hinter den Erwartungen zurück und lag 1980 bei offiziell 4,7%, inoffiziell bei 3,7% (Business Times, 12. 1. 81) – die niedrigste Rate der letzten zehn Jahre. Die Inflationsrate beträgt derzeit 20%, die Reallöhne sind im letzten Jahrzehnt um 40% gesunken, und immer noch leiden 70% der Bevölkerung an Unterernährung.

Die Gründe hierfür liegen nicht nur in der *Abhängigkeit der Philippinen von Exporten* sowie auf dem Energiesektor (95% sind von Ölimporten abhängig), sondern auch in einer verfehlten Wirtschaftspolitik. Die bisher stark geförderten Investitionen ausländischer Unternehmen steigerten nicht nur die Abhängigkeit vom Weltmarkt, sie behinderten auch die Entwicklung der eigenen Wirtschaft. Die Großprojekte der letzten Jahre, die den Philippinen helfen sollen, statt Rohstoffen Zwischen- und Fertigprodukte zu exportieren, erwiesen sich ebenfalls als verfehlt. So kritisiert die Weltbank, daß die Projekte aber überzogenem Prestigedenken entsprächen und zudem nicht einmal die erhoffte Zahl von Arbeitsplätzen schufen.

Noch schlimmer waren in einigen Fällen die unmittelbaren *sozialen Folgen*. Als Beispiel soll das Chico River Basin Development Project dienen, dessen Stau-Anlagen zur Sicherung der Wasser- und Energieversorgung weiter Teile Luzons gedacht sind. Der Bau führt zur Vernichtung der Stammesgebiete von mehreren zehntausend Menschen, die umgesiedelt werden sollen. Die Proteste der Menschen bleiben bisher weitgehend ungehört, ja einer der Führer der Protestbewegung, ein Stammeshäuptling, fiel einem bis jetzt nicht aufgeklärten Mordanschlag zum Opfer. Da auch die kirchlichen Organisationen, die sich sehr um die dortigen Menschen bemühen,

noch keine Erfolge erzielen konnten, ist es eigentlich kein Wunder, wenn gerade in solchen Gebieten wieder der Einfluß der NPA wächst.

In ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind die Philippinen auf weitreichende *Hilfe des Auslandes* angewiesen. Der wichtigste Verbündete sind, obwohl ehemalige Kolonialmacht, die USA. Diese versuchen allerdings, für ihre Wirtschafts- und Militärhilfe einen möglichst hohen Preis zu erlangen. So wird denn auch das Abkommen über die amerikanischen Militäranlagen auf den Philippinen von 1979 von diesen als ungenügend betrachtet, da es einerseits den Amerikanern weiter freie Hand in der Nutzung läßt, andererseits die Philippinen einen zu niedrigen Preis in Form von finanzieller Unterstützung erhalten zu haben glauben. Der Tiefpunkt in den Beziehungen, der während der Carter-Administration wegen ständiger Verletzung von Menschenrechten erreicht worden war, ist jedoch überwunden. Der amerikanische Vizepräsident *George Bush* fand jedenfalls recht freundliche Worte für die demokratische Wende auf den Philippinen anläßlich der neuen Amtseinführung von Marcos im Juni 1981, wurde allerdings dafür auf den Philippinen wie in den USA vor allem von kirchlicher Seite kritisiert.

Fortschritte macht das *Verhältnis zu China*. Im Juli 1979 hatte Imelda Marcos bei einem Besuch in Peking neue Handelsvereinbarungen abschließen können. China re-vanchierte sich mit einer gewissen Zurückhaltung gegenüber der CPP, und so wurde z. B. Ende 1980 erstmals nach 27 Jahren das Einreiseverbot für Festlandschinesen aufgehoben. Aber auch die UdSSR wird als Handelspartner keinesfalls verschmäht – sie ist jetzt noch vor den USA der größte Abnehmer für philippinischen Zucker, eines der wichtigsten Ausfuhrprodukte (Business Times, 2. 3. 81). Ansonsten stützt man sich hauptsächlich auf die Verbündeten in der ASEAN, zu denen die Beziehungen – trotz des Muslim-Problems – relativ gut sind.

Kirche zwischen Widerstand und Anpassung

Im Leben der Philippinen nimmt die Katholische Kirche nach wie vor eine führende Stellung ein (vgl. HK, Juli 1979, 371 ff.). 85% der fast 50 Mill. Filipinos sind Katholiken, 4,3% Muslime, 3,9% Aglipyaner, 3,1% gehören anderen protestantischen Kirchen an, 1,3% bekennen sich zur Iglesia ni Kristo (nach dem Stand von 1970, neuere Zahlen liegen nicht vor). In den 66 Kirchensprengeln (einschließlich eines Militärvikariats) residieren derzeit 100 Bischöfe, davon 85 Filipinos und 5 weitere mit philippinischer Staatsangehörigkeit (Stand Ende 1980 – Fides, 4. 2. 81). 1978 zählte die Kirche zudem 4751 Priester, davon 2124 Ordensleute, von denen 75% ebenfalls Einheimische waren. Hinzu kamen 3000 Ordensbrüder und 8000 Ordensschwwestern.

Die bedeutsame Rolle der Kirche im öffentlichen Leben unterstreicht die Tatsache, daß sie gerade auf dem *Bil-*

dungssektor hohes Ansehen genießt. 13 der 86 Universitäten des Landes sind katholisch, insgesamt zählte man 1978 etwa 1800 Schulen aller Art mit über 1 Mill. Schüler bzw. Studenten. Im sozialen Bereich sind darüber hinaus 650 Sozialeinrichtungen, u. a. 69 Krankenhäuser zu erwähnen. Mittlerweile ist die Kirche sogar in der Lage, selbst in anderen Ländern zu helfen. So sind über 100 philippinische Priester und mehr als 400 Schwestern in etwa 60 Ländern der Erde im Einsatz (alle Angaben nach Fides, 4. 2. 81). Diese recht imponierenden Zahlen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Kirche vor sehr schwierigen Problemen steht. Neben dem Bemühen um Akkulturation und Vertiefung der Volksfrömmigkeit sowie die nicht unumstrittene Bildung christlicher Basisgemeinden ist es vor allem die Frage der sozialen Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft, die tiefe Gräben in der Kirche aufgeworfen hat.

Bischof *Francisco F. Claver S.J.* (Praelatura nullius von Malaybalay), einer der Wortführer derjenigen, die eindeutige Stellungnahmen der Kirche auch zu sozialen und politischen Fragen befürworten, hat die beiden Hauptrichtungen auf folgenden Nenner zu bringen versucht (u. a. *Etudes* April 1980, 515 ff): Kirche als Institution / Kirche als Volk.

Die erste Richtung betont vor allem den rein religiösen Auftrag Kirche als geistlicher Institution und möchte sie weitgehend aus der Tagespolitik heraushalten, soweit die Freiheit der Religion gewährt ist. Allenfalls könne die Kirche den Politikern die allgemeinen Prinzipien christlicher Moral in Erinnerung bringen. Sie solle ansonsten aber nur dort mahnen, wo Grundpositionen des katholischen Glaubens gefährdet seien, etwa bezüglich der staatlichen Familienplanung. Im übrigen sei die Kirche gleichermaßen für Arme wie für Reiche da.

Die Gegenposition, die die Kirche vor allem als *Gemeinschaft* begreife, sehe dagegen die Glaubensarbeit *eingebettet in die sozialen Gegebenheiten der Gesellschaft*. Die Kirche müsse also auch die Lebensbedingungen der Gläubigen berücksichtigen, sich für ihre sozialen Belange einsetzen und so vor allem eine Kirche der Armen sein.

Beide Positionen sind nicht nur umstritten, sie bergen auch Gefahren in sich. Die Betonung der Kirche als rein geistlicher Institution und das Bemühen um deren Erhaltung führt leicht zu einer zu *engen Bindung an eine Regierung*, die von vielen als ungerecht empfunden wird und die zudem ihr Augenmerk allein auf die materiellen Aspekte der Gesellschaft richtet und dadurch die sozialen Spannungen verschärft. Der stärkere Einsatz für soziale Belange der Menschen birgt dagegen nicht nur Konflikte mit dem Staat in sich und gefährdet damit indirekt die eigenen Einrichtungen. Er kann auch dazu führen, daß sich Priester und Ordensleute radikalen, u. U. marxistischen Bewegungen annähern, ja in Einzelfällen Gewaltanwendung gegenüber dem Staat propagieren.

Entsprechend werfen die Vertreter einer rein institutionell-geistlichen Sicht der Kirche den Wortführern der zweiten Position vor, eine Befreiungstheologie mit marxi-

stischem Einschlag zu propagieren. Sie selbst wiederum sehen sich dem Vorwurf ausgesetzt, die Kirche den Gläubigen zu entfremden. So überbrückbar diese in ihren Extremen eher von Minderheiten innerhalb des Klerus, der Orden und der Laienschaft vertretenen Standpunkte scheinen mögen, so bemüht man sich doch einen Konsens zu finden.

Die Mehrzahl der Bischöfe, an ihrer Spitze Kardinal *Jaime Sin*, tritt denn auch eher für eine „kritische Zusammenarbeit“ mit dem Staat ein. Dieser Mittelweg soll einerseits die Positionen der Kirche gegenüber dem Staat erhalten, andererseits nimmt sie sich durchaus das Recht, etwa in Fragen der Menschenrechte oder in grundsätzlichen sozialen Fragen Partei für die Unterdrückten zu ergreifen. Dies schließt die Verurteilung jeglicher Art von Gewalt, sei es seitens der Marxisten oder des Staates, ein. Gerade Kardinal Sin ist dadurch zu einem der Regierung recht unbequemen Mahner geworden, wobei Konflikte mit der Staatsführung nicht ausblieben. Daran hat auch der *Besuch Johannes Pauls II.* im Februar 1981 auf den Philippinen nichts geändert (vgl. *HK* April 1981, 168 ff). Schon der Besuch selbst hatte ja zu Kontroversen geführt, da Marcos das Verdienst der Einladung zunächst für sich reklamiert hatte und sich Frau Imelda während des Papstbesuches in manchmal peinlicher Art in den Vordergrund schob. Die Mahnungen des Papstes an die einzelnen Gruppen innerhalb wie außerhalb der Kirche verhalten im übrigen keineswegs ungehört, doch wurde ihnen einiges von ihrer Wirkung genommen, da sie im Blick auf die konkreten Verhältnisse auf den Philippinen zwar grundsätzlich zutreffend, aber insgesamt zu unbestimmt waren.

Sozial-seelsorgliche Konflikte

Die Konflikte der letzten Zeit zwischen Staat und Kirche betrafen vor allem den geforderten Prozeß der Demokratisierung. So unterstützten zahlreiche katholische Gruppen, darunter auch Bischöfe und Priester, den Wahlboykott der UNIDO. Diesem schloß sich auch Kardinal Sin trotz des Widerstandes konservativer Kirchenkreise zumindest in der Sache an, ohne jedoch direkt für den Boykott zu plädieren. So bezeichnete er das *April-Referendum* als eine „kostspielige Übung in Sinnlosigkeit“, da das Ergebnis ohnehin feststehe. Als Verschwendung von Steuergeldern kritisierte er auch die Präsidentschaftswahlen, da Marcos keinen ernsthaften Gegenkandidaten besitze. Und auch die Aufhebung des Kriegsrechts sei eine mehr kosmetische Prozedur – Grundsätzliches habe sich nicht geändert (*UCA News*, 6. 5. 81).

Die Gegenreaktion ließ nicht lange auf sich warten. Marcos, der einen Erfolg des *Boykott-Aufrufs der UNIDO* befürchtete, verkündete kurz vor der Wahl im Juni, nicht zu wählen sei eine Todsünde. Er berief sich dabei auf Pius XII., ohne aber die genaue Quelle zu nennen. In Wirklichkeit zitierte er aus einer Radio-Ansprache

Pius XII. aus Anlaß der italienischen Parlamentswahlen von 1948. Die Bischöfe wiesen denn auch darauf hin, daß sich der Papst nur zu einer bestimmten Wahl und keinesfalls grundsätzlich geäußert habe. Zugleich betonte Kardinal Sin, es gebe zwar eine moralische Wahlpflicht, doch seien Situationen denkbar, in denen Wahlen eine Verletzung der moralischen Wahrhaftigkeit bedeuten könnten – wenn sie nämlich Scheinwahlen seien (UCA News, 24. 6. 81).

Marcos antwortete damit, daß er in einer Fernsehsendung aus dem Zusammenhang gerissene Zitate des Kardinals in einer Art präsentierte, die glauben machte, der Kardinal widerspreche sich. Zugleich verbreiteten Regierungszeitungen Meldungen, nach denen die einflußreiche Catholic Women's League den Wahlboykott verurteilt habe. Ein Dementi dieser Falschmeldung wurde in den Regierungszeitungen nicht abgedruckt. Kardinal Sin wertete dies öffentlich als eine Verhöhnung der Religionsfreiheit und betonte auf der Jahreskonferenz der Catholic Bishops Conference of the Philippines Ende Juni 1981 noch einmal das Recht der Kirche, sich frei zu Fragen der Moral äußern zu dürfen. Ende Juli bekräftigte er zudem auf einer Pressekonferenz seine Forderung nach einer „ehrlichen Präsidentenwahl“, was einer Verurteilung der letzten Wahl als Scheinwahl gleichkommt.

Ein ständiger Streitpunkt ist das Vorgehen staatlicher Organe gegen Teile *des Klerus*, die subversiver Aktivitäten verdächtigt werden. In den Jahren 1972 bis 1980 waren nach Angaben kirchlicher Kreise allein 34 Priester und sonstige Mitarbeiter der Kirche für kürzere oder längere Zeit in Haft (Far Eastern Economic Review, 13. 2. 81). Hinzu kommen Ausweisungen ausländischer Priester, zuletzt im Juli 1981 ein Maryknoll-Missionar (Kathpress, 15. 7. 81). Oft genug haben diese Kleriker aber nichts anderes getan, als auf Verletzungen der Menschenrechte hinzuweisen, oder ihren Gläubigen geholfen, sich auf legale Weise gegen Übergriffe des Staates zu schützen, etwa bei Enteignungen oder Zwangsumsiedlungen.

Praktische Hilfen für Unterdrückte

Wie nötig diese Arbeit ist, zeigte kürzlich eine Konferenz der „Task Force for Detainees“, einer Gefangenenhilfe-Organisation der Vereinigung höherer Ordensoberer auf den Philippinen (AMRSP). So sind allein in Davao von 214 politischen Häftlingen 67 seit längerer Zeit inhaftiert, meist einfache Bauern oder Arbeiter, die unter pauschalen, nicht spezifizierten Vorwürfen festgehalten werden. Folter und selbst Ermordung von Häftlingen sind keine Seltenheit, 1980 wurden aus Davao 34 solcher Fälle bekannt. Der 1973 gegründeten TFD geht es dabei nur darum, daß legale Prozeduren eingehalten werden, und zudem kümmert sie sich um die oft *mittellosen Angehörigen der Inhaftierten* (UCA News, 15. 7. 81). Keinesfalls geht es ihr um politische Agitation. Den Anteil von politisch-sozial „radikal“ Denkenden unter dem Klerus schätzt die AMRSP im übrigen auf etwa 10%, doch selbst

hiervon lehnen die allermeisten Gewaltanwendung und erst recht marxistische Ideen ab (Far Eastern Economic Review, 13. 2. 81).

Des politischen Radikalismus wird auch verschiedentlich die National Association of Social Services Activities (NASSA), das nationale katholische Entwicklungs- und Sozialhilfswerk, verdächtigt, zumal sie sich in den letzten Jahren nicht nur um Entwicklungshilfe-Programme kümmerte, sondern auch Aufklärungskampagnen förderte. Sie möchte nicht nur materielle Hilfe geben, sondern auch das gesellschaftliche Bewußtsein der Menschen entwickeln. Auf ihrer letzten Konferenz im Juni 1981 verwahrte sich jedoch die 1966 gegründete NASSA entschieden gegen den Vorwurf, sie erlaube die Mitarbeit von solchen Personen, die Kontakte zu marxistischen Organisationen unterhielten oder diese gar unterstützten. Diese hätten selbstverständlich bei ihr keinen Platz. Zugleich wandte man sich jedoch auch gegen eine übertriebene Gesinnungsschnüffelei. Letzteres scheint allerdings einige Bischöfe in der Annahme zu bestärken, es gebe innerhalb der Organisation doch zumindest einige Sympathisanten marxistischer Gruppen. So bleibt abzuwarten, wie sich die NASSA nach dem Ausscheiden ihres Mitbegründers und langjährigen Direktors, Bischof *Julio Xavier Labayan*, weiter entwickelt.

Problemgebiete für die Kirche sind in dieser Hinsicht übrigens gerade die Regionen, in denen Aufständische agieren, vor allem die *Muslim-Regionen*. Gerade die Bischöfe dieser Regionen wie etwa Bischof Claver sind denn auch bemüht, das Verhältnis zwischen Muslimen und Christen zu entspannen. Nur sind bisher die offiziellen Kontakte nicht allzu zahlreich gewesen. Immerhin gibt es aber auch Bemühungen, etwa durch *gemeinsame Selbsthilfe-Gruppen* die Menschen einander näher zu bringen. Symbolischen Charakter hatte in dieser Beziehung das Zusammentreffen Johannes Pauls II. mit Muslim-Vertretern während seines Philippinen-Besuchs, auch wenn selbstverständlich von einer solchen Begegnung noch keine konkreten Ergebnisse erwartet werden konnten.

Allen Anfeindungen zum Trotz ist die Herrschaft von Marcos vorerst nicht allzu gefährdet, auch wenn es einige Attentate und angebliche Verschwörungen gab. Eine rasche Verschlechterung der Wirtschaftslage oder ein Wiederanstieg der Guerilla-Tätigkeit könnten dagegen eher seinen Sturz herbeiführen, doch wäre dann möglicherweise das Militär der Nutznießer und nicht die Opposition. Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat wird wohl auch weiter belastet bleiben, zumal sich die Kirche als eine auch politisch nicht zu unterschätzende Kraft erwiesen hat. Die Kontroverse um die letzten Wahlen zeigt dies ebenso deutlich wie die Aufhebung des Kriegsrechts. Denn die wenn auch mehr optischen als tatsächlichen Demokratisierungsansätze lassen sich nicht nur auf den Druck des Auslandes, sondern mehr noch der innenpolitischen Gegner von Marcos – und hier nicht zuletzt der Kirche – zurückführen.

Peter Drews